

**Grundsatzaussprache über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Handlungsmöglichkeiten der Stadt Ettlingen  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2009**

---

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 03.03.2009 (vgl. Anlage) den Antrag gestellt, über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Handlungsmöglichkeiten der Stadt Ettlingen eine Aussprache im Gemeinderat zu führen.

Die Verwaltung liefert für die Diskussion folgende Informationen:

**1. Auswirkungen auf den städtischen Haushalt**

a) Einnahmen

Eine länger anhaltende Krise wird sich negativ auf die Gewerbesteuereinnahmen auswirken. Auszuschließen sind auch nicht Mindereinnahmen bei Zuweisungen des Landes, z. B. aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer oder dem Anteil an der Umsatzsteuer. Verschlechterungen im Bereich der Steuern und Zuweisungen würden uns schwer treffen, da dieser Bereich ca. 63 % des Verwaltungshaushalts finanziert.

Auszuschließen wären auch nicht Mindereinnahmen bei den Gebühren oder den Konzessionsabgaben durch verändertes Verhalten der Bürger-/innen.

b) Ausgaben

Hierunter wären höhere Zahlungen bei den Umlagen an das Land und den Landkreis zu erwarten. Negative Auswirkungen bei Zins- und Tilgungsleistungen müssten eingeplant werden, falls ein höherer Darlehensbedarf benötigt würde.

c) Folgen

Die negativen Annahmen würden in letzter Konsequenz zu einer erschwerten Ausgleichsfähigkeit des Haushaltes führen.

Im aktuellen Haushalt 2009 könnte dies zu Ausgabekürzungen, Verschiebung oder Streichung noch nicht begonnener Maßnahmen bis hin zu einem möglichen Nachtragshaushalt mit einem höheren Darlehensbedarf führen.

Für Folgehaushalte wären die §§ 77 (sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung) und 78 (Einnahmebeschaffung) GemO von besonderem Interesse. Die Aufwendungen für unsere freiwilligen Leistungen oder die Höhe unserer Steuern und Gebühren müssten dann sicherlich in größerem Umfang überprüft werden.

**2. Auswirkungen auf die örtliche Wirtschaft**

Einer aktuellen Konjunkturumfrage der IHK Karlsruhe vom Januar 2009 zufolge bewerten 76 % der Firmen in der Region Karlsruhe ihre eigene Situation trotz der weltweiten Wirtschaftskrise weiterhin als gut oder zufriedenstellend. Die weitere Entwicklung ist allerdings schwer einschätzbar und hängt von der Weltkonjunktur ab. Ein großer Vorteil der regionalen

Wirtschaft ist die weltweite Konkurrenzfähigkeit. Die Unternehmen befinden sich deshalb zum großen Teil nicht in einer Strukturkrise, sondern in einer Wachstumskrise.

Fakt ist aber auch, dass die Betriebe zunehmend die konjunkturellen Widrigkeiten spüren. Der Anteil der Unternehmen, die ihre geschäftliche Situation als gut bewerten, ist laut IHK Karlsruhe von noch 39 % im Herbst 2008 auf nun 26 % gesunken. Zu Jahresbeginn 2008 lag dieser Anteil sogar noch bei 45 %. Immerhin beurteilt jede zweite Firma ihre Lage noch als zufriedenstellend.

Mit ihrer Geschäftslage unzufrieden zeigen sich derzeit 20 % der Unternehmen, was einen Anstieg um 8 % seit Herbst 2008 bedeutet.

Auch bei den Aussichten für das laufende Jahr zeigt sich die regionale Wirtschaft äußerst skeptisch. Gegenüber 21 % im Herbst 2008 rechnen nun nur noch 10 % der Unternehmen mit einem besseren Geschäftsverlauf. Ein immerhin gleich bleibendes Ergebnis erwarten 37 % der Unternehmen. Mit 53 % ist allerdings der Anteil der Skeptiker außerordentlich hoch (Herbst 2008: 26 %).

Die nachlassende Dynamik zeigt sich durch alle Wirtschaftszweige. Im unternehmensnahen Dienstleistungssektor und dem Großhandel dominieren die positiven Urteile aber noch immer deutlich. Die Geschäfte der Bauwirtschaft haben sich überwiegend zufriedenstellend entwickelt. Die Industrie hingegen ist in zunehmend schwierigeres Fahrwasser geraten. Etwas aufgeholt hat der Einzelhandel, auch wenn die negativen Bewertungen der Geschäftslage nach wie vor deutlich überwiegen.

Auch in Ettlingen machen derzeit Firmen von der Kurzarbeit Gebrauch, stellen Investitionen zurück, bauen Personal ab oder schließen ganz.

Die Einschätzung der Erwartungen bewegt sich derzeit auf einem extrem unsicheren Fundament. Die seit Jahresbeginn veröffentlichten Wirtschaftsdaten zeigen, dass in den kommenden Monaten weitere Belastungen zu befürchten sind.

Auf der anderen Seite macht die Korrektur der Übertreibungen an den Energie- und Rohstoffmärkten Hoffnung auf eine Wende zum Besseren. Die sinkenden Inflationsraten gewährleisten Entlastung sowohl für die Kostenseite der Unternehmen als auch für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

Auch der hohe Investitionsanteil des Konjunkturprogramms setzt an der richtigen Stelle an und kann sich als hilfreich erweisen, wenn geplante Investitionen vorgezogen und kurzfristig umgesetzt werden.

Ein besonderes Beratungsangebot für durch die Wirtschaftskrise in Probleme geratene Firmen bietet die IHK Karlsruhe in Zusammenarbeit mit Handwerkskammer und KfW an. Der sogenannte „Runde Tisch“ hat schon in der Vergangenheit zahlreichen Betrieben helfen können und hat viele Arbeitsplätze gerettet (2001 gegründet, 2.585 Arbeitsplätze gerettet, 272 Unternehmen gerettet, 72 % Erfolgsquote). Die Wirtschaftsförderung der Stadt Ettlingen weist Ettlinger Betriebe bei Bedarf auf dieses individuelle Beratungsangebot hin und vermittelt auf Wunsch Termine. Aufgrund dieses schon bestehenden Beratungsangebots wurde bisher auf die Einrichtung eines eigenen „Runden Tisches“ verzichtet.

Darüber hinaus wurde von Oberbürgermeisterin Büssemaker ein regelmäßiges Treffen mit wechselnden Vertretern der Ettlinger Wirtschaft ins Leben gerufen, um über die aktuelle Situation der Unternehmen und mögliche Handlungsstrategien zu sprechen. Da Unternehmen verständlicherweise nur ungern in größerem Kreis über ihre Probleme sprechen, bietet die Oberbürgermeisterin zudem individuelle Gespräche mit Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften an.

Neben den Kontakten und Gesprächen des Amtes für Wirtschaftsförderung und Gebäudewirtschaft gibt es weitere Instrumente der Kontaktpflege zur Ettlinger Wirtschaft. Beim Treffen des "Industriekreises" wird ebenso über aktuelle Entwicklungen gesprochen wie beim "Unternehmer-Frühstück", welches die Oberbürgermeisterin zusammen mit der Wirtschaftsförderung seit einigen Monaten in regelmäßigen Abständen arrangiert. Terminanfragen und Gesprächswünschen von Ettlinger Unternehmen wird unverzüglich entsprochen. In vielen telefonischen oder persönlichen Gesprächen zwischen Oberbürgermeisterin, lokalen Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten werden regelmäßig Informationen über aktuelle Entwicklungen ausgetauscht.

Letztmals haben sich am 31.03.2009 Ettlinger Unternehmen mit der Oberbürgermeisterin und Vertretern der Wirtschaftsförderung zum „Unternehmer-Frühstück“ getroffen. Die Oberbürgermeisterin hat die Unternehmer auf den im CDU-Antrag geforderten „Runden-Tisch“ mit verschiedenen Interessenvertretern angesprochen. Die Unternehmer waren der Meinung, dass dieser nicht erforderlich ist, da das derzeitige Angebot genüge.

### 3. Stellungnahme zu der im Antrag formulierten „unbürokratischen Genehmigungspraxis“

Die Zentrale Vergabestelle wendet die gesetzlichen Vorschriften zum Vergaberecht an.

Diese sind im Einzelnen:

- In Anwendung des Gemeindehaushaltsrechts besteht für die kommunalen Auftraggeber die Verpflichtung, wirtschaftlich zu beschaffen.
- § 97 Abs. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) schreibt vor: "Öffentliche Auftraggeber beschaffen Waren, Bau- und Dienstleistungen nach Maßgabe der folgenden Vorschriften im Wettbewerb."
- § 97 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 des GWB verbietet der Verwaltung die Bevorzugung ortsansässiger Bieter. Der Wortlaut des Gesetzes hierzu lautet wie folgt:

Abs. 2: „Die Teilnehmer an einem Vergabeverfahren sind gleich zu behandeln.“

Abs. 7: „Die Unternehmen haben Anspruch darauf, dass der Auftraggeber die Bestimmungen über das Vergabeverfahren einhält.“

- Angesichts der konjunkturellen Lage hat die Bundesregierung/das Land Baden-Württemberg eine Verwaltungsvorschrift zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 17. Februar 2009 erlassen. Hierbei wurden die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben ohne nähere Begründung angehoben:

<u>Bei Bauleistungen:</u>	
Beschränkte Ausschreibung	bis 1.000.000 €
Freihändige Vergabe	bis 100.000 €
<u>Bei Liefer- und Dienstleistungen:</u>	
Beschränkte Ausschreibung	bis 100.000 €
Freihändige Vergabe	bis 100.000 €

### Stellungnahme der Zentralen Vergabestelle:

Der hauptsächliche Aufwand bei einer Vergabe liegt in der Erstellung des Leistungsverzeichnisses sowie in der Ausarbeitung der Verträge. Die Einhaltung der Rechtsvorschriften des Vergaberechts verzögert die Auftragsvergabe dagegen nur unwesentlich. Die Erhöhung der Wertgrenzen in der o. g. Verwaltungsvorschrift gibt der Verwaltung die Möglichkeit vermehrt beschränkt auszuschreiben – die Vergabevorschriften werden hierdurch jedoch nicht außer Kraft gesetzt. Somit liefert die Verwaltungsvorschrift der Verwaltung auch keinen Spielraum für eine "unbürokratische Genehmigungspraxis".

**Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist der Antrag der CDU-Fraktion als Anlage beigefügt.**

- - -

Oberbürgermeisterin Büsselmaier erläutert den Tagesordnungspunkt und schlägt vor, die Redezeitbeschränkung zur Diskussion dieses Themas aufzuheben.

Sie stellt fest, dass sich hierzu im Gemeinderat kein Widerspruch erhebt.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und verweist insbesondere auf die Vergabepaxis, dass die Stadt an das Vergaberecht gebunden sei und dass das Regierungspräsidium immer wieder hierauf hinweisen würde. Sie stellt klar, dass man bei Ausschreibungen nun etwas „flexibler“ sei, jedoch ein Bürokratieabbau, wie in der Vorlage erläutert, nicht möglich wäre.

Stadtrat Stemmer erläutert den Antrag der CDU-Fraktion, der damals unter dem Eindruck der Presseberichte formuliert worden sei und in der Presse von Arbeitsplatzverlusten aufgrund von Betriebsschließungen oder von Restrukturierungsmaßnahmen gesprochen worden wäre. Er hebt hervor, dass ihm die aktuellste Zahl vorliege und mittlerweile ein 6%-iger Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen wäre. Er berichtet, dass der frühere baden-württembergische Finanzminister Stratthaus am 18.03.2009 vom stärksten Einbruch seit dem 2. Weltkrieg gesprochen habe und Baden-Württemberg als exportstarkes Land hiervon besonders hart getroffen werden könnte. Er fügt hinzu, dass dies sehr dramatische Nachrichten gewesen seien und die Auswirkungen auch in Ettlingen diskutiert werden müssten. Es sei nahe liegend, dass der Gemeinderat sich für soziale Gerechtigkeit einsetze. Er betont, dass er wisse, dass die Stadt keine Unternehmenspolitik machen könne, jedoch könne die Stadt das Zusammenwirken aller Kräfte koordinieren. Er verweist auf die Verwaltungsvorlage und dass die Oberbürgermeisterin dort gesagt habe, dass es künftig evtl. für Ettlingen zu Steuerausfällen kommen könne und der Gemeinderat sich hierauf einstellen müsse, dass Einnahmen in geplanter Höhe nicht eingehen. Als mögliche Maßnahme nennt er die Umsetzung von Gewerbegebieten, da es seiner Meinung nach immer Existenzgründungen geben werde. Ein weiteres Mittel seien zügige Auftragsvergaben, jedoch habe die Verschiebung der Haushaltsverabschiedung zur Folge, dass Auftragsvergaben bei der Verwaltung auf Halde liegen. Er erläutert, dass die im Antrag genannte „unbürokratische Genehmigungspraxis“ von der Verwaltung falsch verstanden worden sei, da damit bspw. die Inanspruchnahme von Ausnahmebestimmungen bei Gewerbeansiedlungen, wenn möglich, gemeint gewesen sei. Er lässt wissen, dass solche Anträge früher zur Nacharbeitung in die Ausschüsse verwiesen worden seien und dort vertieft worden wären und seine Fraktion hierfür offen wäre.

Stadtrat Deckers erläutert, dass solche Anträge gefährlich seien, da man sich leicht in Schönreden verliere, ohne konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Er betont, dass die Krise Auswirkungen für alle Bürger habe. Zur Aussage in der Vorlage, dass 76 % der Unterneh-

men mit ihrer Lage zufrieden seien, hält er dagegen, dass hier der Zustand und die Folgen nicht richtig analysiert werden. Er fügt hinzu, dass 24 % der Unternehmen sagen würden, dass es ihnen schlechter gehe als im Vorjahr, und dies habe Auswirkungen in Form von Mindereinnahmen für die Stadt Ettlingen, da dadurch auch die Gewerbesteuerereinnahmen sinken. Er wirft die Frage auf, was Ettlingen als Kommune betreffe und erläutert, dass dies zum einen die genannten Auswirkungen seien und zum anderen müsse man sich überlegen, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen. Er zitiert aus der Verwaltungsvorlage folgenden Passus: „Die negativen Annahmen würden in letzter Konsequenz zu einer erschwerten Ausgleichsfähigkeit des Haushaltes führen. Im aktuellen Haushalt 2009 könnte dies zu Ausgabekürzungen, Verschiebung oder Streichung noch nicht begonnener Maßnahmen bis hin zu einem möglichen Nachtragshaushalt mit einem höheren Darlehensbedarf führen.“ Er bedankt sich bei der Verwaltung für diese Information und merkt an, dass dies bei der Ausgabenpolitik berücksichtigt werden müsse. Er bezieht sich nochmals auf die möglichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Ettlingen und berichtet, dass dies nicht nur Auswirkungen auf den Haushalt, sondern auch auf die Mitarbeiter der einzelnen Unternehmen habe, da möglicherweise die Gemeinkosten des Unternehmens nicht mehr gedeckt werden können und das Unternehmen so in finanzielle Schwierigkeiten gerate. Er fügt hinzu, dass die Stadt weiterhin eine stabile Haltung bewahren müsse, wie bspw. auf Steuererhöhungen langfristig zu verzichten. Er plädiert dafür, die Genehmigungspraxis weiter zu vereinfachen und bspw. die Kosten für Bauanträge zu überdenken. Zum Thema „Erleichterung der Vergabepraxis“ erläutert er, dass die Geschwindigkeit der Vergabe als solche erhöht werden müsse, jedoch keine Subventionierung der einzelnen Betriebe erfolgen dürfe. Er stellt den Antrag, zu prüfen, welche Möglichkeiten für Unternehmen bestehen, Barrieren abzubauen.

Stadtrat Hadasch lässt wissen, dass es sich um ein sehr komplexes Thema handle und Ende des Jahres 2008 die Zahlen noch in Ordnung gewesen seien. Er erläutert die Historie zur Finanzkrise und weist darauf hin, dass aktuell in Ettlingen 400 Arbeitsplätze bei der Firma Walter zur Debatte stehen würden. Er bemerkt, dass die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen stark angestiegen sei und die Stadt Ettlingen aus dem kommunalen Finanzausgleich vermutlich weniger Mittelzufluss bekomme bzw. höhere Einzahlungen leisten müsse. Er ergänzt, dass das Gleiche für die Kreisumlage gelte und dies konkrete Auswirkungen auf den städtischen Haushalt habe. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung in der Vorlage dargestellt habe, dass ein Mittel die Verschiebung von Investitionen sei, seiner Meinung nach dies jedoch nur ein kurzfristiges Mittel wäre und die Ausgabenseite intensiv auf Einsparmöglichkeiten überprüft werden müsse. Er fügt hinzu, dass Einsparungen vor allem bei den freiwilligen Aufgaben möglich seien, jedoch auch der Standard bei den Pflichtaufgaben überdacht werden müsse. Weiterhin könnten die stillen Reserven ausgelotet werden, wie bspw. bei den Erbbaugrundstücken. Er wirft die Frage auf, wie den Betroffenen geholfen werden könne und dies z. B. ein „runder Tisch“ wäre, wie in der Verwaltungsvorlage erläutert, oder stabile Steuer- und Gebührensätze der Gemeinde. Er berichtet, dass Hilfestellung für die Betroffenen selbst bspw. auch die Einrichtung von Schuldnerberatungen sein könne. Wegen dieser umfangreichen Problematik sollte seiner Auffassung nach eine Klausurtagung mit dem Gemeinderat durchgeführt werden, zu der möglicherweise auch Unternehmer eingeladen werden, die hierzu berichten.

Stadträtin Saebel vertritt die Auffassung, dass das Gespräch hierüber vor der Haushaltsverabschiedung hätte erfolgen müssen und der Gemeinderat im Umgang mit den Steuergeldern bürgerverantwortlich umgehen müsse. Sie bemerkt, dass die Stadt ihren eigenen Haushalt so weit in Ordnung bringen müsse, dass in den nächsten Jahren keine neuen Schulden aufgenommen werden. Sie lässt wissen, dass die mittelfristige Finanzplanung verheerend aussehe und Anträge der „Grünen“ hierzu im Rahmen des Haushaltes abgelehnt worden seien und man ihrer Meinung nach keine verantwortungsvolle Politik in Ettlingen betreibe. So würden bspw. über 20 Mio. Euro in das Schloss investiert werden, obwohl die Auswirkungen noch nicht voll absehbar seien, ebenso würden für Generalsanierungen der Freizeithallen 6 Mio. Euro ausgegeben werden. Sie betont, dass dies verheerend sei und bspw. in die Schulen fast nichts investiert werde und gewartet werden würde, bis die Bundesregierung

dies mit einem Konjunkturprogramm ankurbeln. Sie fügt hinzu, dass in die Erschließung eines Gewerbegebiets 5,5 Mio. Euro gesteckt werden, obwohl nicht sicher sei, dass sich dort Gewerbe ansiedle und dies alles ihrer Meinung nach keine zielführenden Maßnahmen seien und die „Grünen“ daher im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eine Stelle zur Einrichtung einer Schuldnerberatung in Ettlingen beantragt hätten, was jedoch abgelehnt worden wäre. Sie betont, dass die Diskussion über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise drei Wochen nach Haushaltsverabschiedung zu spät sei und der Gemeinderat sich überlegen müsse, wie der städtische Haushalt in Ordnung gebracht werden könne.

Stadträtin Lumpp schließt sich der Aussage von Stadträtin Saebel an und vertritt die Auffassung, dass der Gemeinderat die Konsequenzen aus der Krise nicht wirklich gezogen habe, als er vor drei Wochen den Haushalt verabschiedet habe. Zum Thema „Erleichterungen für die Wirtschaft“ erläutert sie, dass die Gewerbetreibenden sagen würden, dass die Altstadtsetzung das Geschäft in Ettlingen erschweren würde. Ihrer Meinung nach wäre nicht nur ein Stammtisch für die Unternehmer, sondern ein Stammtisch des Gemeinderats mit Arbeitslosen interessant.

Stadtrat Künzel stellt klar, dass an vorderster Stelle die Handlungsfähigkeit der Kommune erhalten bleiben müsse und die Betrachtungsweise im Umgang mit der Krise sehr unterschiedlich sei. Er persönlich denke, dass mit dem verabschiedeten Haushalt und den dortigen Mitteln für Investitionen der Gemeinderat ein kleines Stück Symbol gezeigt habe. Zur Vergabepraxis erläutert er, dass es hierzu einschlägige Vorschriften gebe und die Handlungsspielräume bei Vergaben von der Bundesregierung schon aufgeweicht worden seien. Er begrüßt, dass ein Gedankenaustausch der Oberbürgermeisterin mit den Unternehmen stattfinde und der Blick nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf die mittelstädtischen Unternehmen, wie die Handwerksbetriebe, gelegt werden solle, da diese lokal präsent seien. Er bezweifelt jedoch, dass sich die Unternehmen, was die wirtschaftliche Situation angehe, an einem runden Tisch outen werden. Er führt weiter aus, dass der Antrag zur Einrichtung einer Schuldnerberatungsstelle in Ettlingen zwar berechtigt sei, die Hemmschwelle der Betroffenen jedoch sehr hoch wäre, dort hinzugehen, da diese sehr viel Wert auf Anonymität legen. Zur Aussage des Gewerkschaftsvorsitzenden Sommer, nämlich dass mit sozialen Unruhen zu rechnen sei, betont er, dass diese nicht herbeigeredet werden dürften und sich der Gemeinderat ggf. nochmals in diesem Jahr mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auseinandersetzen müsse. Er vertritt auch die Auffassung, dass die Stadt den Unternehmen Sicherheit geben müsse, dass diese bspw. auch weiter ausbilden. Er verweist auf einen Pressebericht, aus dem hervorgehe, dass die Deutsche Bank 1,3 Mrd. Euro Gewinn erwirtschaftet habe und die Banken den kleinen Unternehmen als erstes den Hahn zudrehen würden, wenn diese in finanzielle Schwierigkeiten geraten und man hier politisch tätig werden müsse. Er weist darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin als Verwaltungsratsvorsitzende an der Quelle sitze und hierauf Einfluss nehmen könne.

Oberbürgermeisterin Büssemaker bestätigt die Aussage von Stadtrat Künzel, dass die Lösungsansätze sehr unterschiedlich seien. Zur Stellungnahme von Stadtrat Stemmer erläutert sie, dass die Teilhabe an Kultur, Sport etc. auch für Menschen ermöglicht werden müsse, die von der Arbeitslosigkeit bedroht seien. Sie berichtet, dass der Gemeinderat vor zwei Jahren beschlossen habe, das nächste Gewerbegebiet in Angriff zu nehmen, damit Ansiedlungswilligen Flächen in Gewerbegebieten zur Verfügung gestellt werden könnten und dies mit dem Gebiet „Heiligenfeld“ ermöglicht werde. Sie informiert darüber, dass im Bereich des „Runden Ploms“ der BGV jetzt in das Gebäude der Assekuranz Herrmann gehe und wenn das eigene Gebäude des BGV saniert ist, ziehe dieser in seine sanierten Räumlichkeiten zurück. Ein Nachfolger für das Gebäude Assekuranz Herrmann sei bereits gefunden. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung hier auch vermittelnd tätig werde und Herr Erhard der Ansprechpartner sei und es so auch zu keiner Zersiedelung komme. Zum Thema „unbürokratische Genehmigungspraxis“ bemerkt sie, dass die Verwaltung in vielen Bereichen unbürokratisch tätig werde, allerdings sei es fraglich, dass wenn bspw. ein Unternehmen größer und schöner bauen wollen, man hierfür dann weniger Gebühren verlangen solle und wo das Maß sei.

Sie stellt klar, dass eine Gleichbehandlung erfolgen müsse. Sie fügt hinzu, dass sie als Stichwort nur § 34 BauGB nenne. Ihrer Meinung nach würden Unternehmen gerne nach Ettlingen ziehen, da hier ein gutes Arbeitsumfeld vorhanden sei. Sie informiert darüber, dass sie die Unternehmer für heute in die Sitzung eingeladen habe, diese jedoch sehr deutlich gesagt haben, dass die Stadt im Bedarfsfall nichts tun könne. Sie lässt wissen, dass sie auch in Kontakt mit mittelständischen Unternehmen stehe und heute keine Aussage über die Kreditvergaben der Sparkasse machen werde, betont jedoch, dass die Sparkasse und die Volksbank mehr Kredite als früher vergeben würden. Sie berichtet zum Thema Schuldnerberatung, dass hier der Landkreis sowie Caritas und Diakonie in Gesprächen stehen würden und dies ohne städtische Gelder umgesetzt werden solle. Sie betont, dass der Landrat dies als Landkreisaufgabe wahrnehmen wolle. Im Weiteren erläutert sie die Zahlen zu den Investitionen in die Wilhelm-Lorenz-Realschule und zum Schloss und bittet darum, hierzu den Haushaltsplan richtig zu lesen. Sie führt weiter aus, dass ihres Wissens nicht die Firma Walter 400 Mitarbeiter entlasse, sondern die Firma „Debitel“.

Stadträtin Riedel informiert darüber, dass ihrer Meinung nach die Firma Walter 400 Arbeitsplätze verlagern wolle.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker weist darauf hin, dass die Unternehmer sagen würden, dass es nichts bringe, mit den Kommunalpolitikern Gespräche zu führen. Sie fügt hinzu, dass es den Industriekreis gebe und sie veranlassen werde, dass beim nächsten Treffen Vertreter aus dem Gemeinderat eingeladen werden.

Stadtrat Dr. Ditzinger erläutert die Frühjahrsprognose der Bundesregierung und informiert darüber, welche Konsequenzen seiner Meinung nach hieraus gezogen werden müssten. Für ihn stelle sich die Frage, wie die lokale Welle für Unternehmen und kleinere Firmen überwunden werden könne und was Stadt und Gemeinderat hierzu tun könnten: Zum einen sei dies eine Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit, wobei jetzt schon die Kurzarbeit im Vordergrund stehe und parallel hierzu könnten Fortbildungen angeboten werden. Des Weiteren könnten Schulen und Betriebe zusammengebracht werden. Zum anderen seien dies im Bereich des Handwerks die Vergaben der Stadt, die kleinteilig vergeben werden könnten, und er dies bereits beim Konjunkturpaket II gefordert habe, nämlich dass Vergaben bis zu einem Betrag von 100.000 Euro vorgenommen werden. Er wirft die Frage auf, warum dies abgelehnt worden sei, da so lokale Firmen unterstützt werden könnten. Er führt weiter aus, dass schon mit kleinen Maßnahmen deutliche Verbesserungen bei der energetischen Sanierung erreicht werden könnten und dies mit Beträgen unter 100.000 Euro möglich wäre. Er fügt hinzu, dass Vergaben unter 100.000 Euro „einfacher“ möglich seien, und er wirft die Frage auf, ob dies nicht bei städtischen Gebäuden umgesetzt werden könne. Er bedauert, dass 80 % der eingereichten Angebote wegen Mängeln im Müll landen würden und in Ettlingen eine hohe Ausschlussquote vorhanden sei. Er möchte wissen, was hiergegen getan werden könne. Er führt weiter aus, dass als weitere Maßnahme Informationsverbünde gebildet werden könnten, wie bspw. die TechnologieRegion Karlsruhe ein solcher Verbund sei, und Ettlingen dies für seine mittelständischen Unternehmen umsetzen könne. Als weiteren Punkt wirft er die Frage auf, wie Menschen geholfen werden kann, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, so könnten bspw. an der Volkshochschule Fortbildungen durchgeführt werden. Er stellt klar, dass der Antrag der CDU-Fraktion kein Vorwurf an die Oberbürgermeisterin sei.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker verweist auf die jährlich stattfindende Ausbildungsbörse in Ettlingen und dass die Unternehmer ihr gesagt hätten, dass diese ein halbes Jahr früher stattfinden sollte, damit Praktikas ermöglicht werden, und die Verwaltung führe hierzu schon Gespräche mit der Arbeitsagentur. Sie fügt hinzu, dass sie nicht den Eindruck habe, dass die Betriebe wegen der Wirtschaftskrise weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Sie berichtet, dass bei der Einrichtung der Zentralen Vergabestelle festgestellt worden sei, dass man eine sehr hohe Ausschlussquote in Ettlingen habe und Schulungen in diesem Bereich angeboten worden seien. Sie ergänzt, dass dies nicht nur der Stadt, sondern auch anderen so gehe. Sie informiert darüber, dass die Firmen bereits strategische Überlegungen anstellen

würden, da es zwar im Moment durch die Wirtschaftskrise steil bergab gehe, die Firmen jedoch damit rechnen, dass es dann genau so steil nach oben gehen werde.

Stadtrat Foss ist erfreut über das Zusammengehörigkeitsgefühl im Gemeinderat. Seiner Meinung nach müsse in der Krise der gestärkt werden, der die Krise überstehe, und daher müsse der Mittelstand gefördert werden. Er berichtet, dass der Antrag der CDU-Fraktion eine selbstkritische Hinterfragung dessen bewirken sollte, was Ettlingen in dieser Krise tun könne. Er stellt klar, dass er hoffe, dass die wirtschaftlichen Kräfte wieder Fuß fassen und erste Anzeichen hierfür keine Inflation und niedrige Energiekosten seien.

Stadtrat Reich vertritt die Auffassung, dass es Ende 2009 nicht so viele Haushaltsreste wie in den vergangenen Jahren geben dürfe.

Stadtrat Künzel hält die optimistische Sichtweise von Stadtrat Foss für wichtig und richtig und erläutert anhand des Beispiels Daimler Benz die Kreditvergaben der Banken. Er lässt wissen, dass die Ausweisung von Neubaugebieten ok wäre, jedoch müssten diese dann auch finanzierbar sein.

Stadträtin Eble weist darauf hin, dass es heute um Ettlingen gehe und was in Ettlingen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise getan werden könne. Sie ist der Meinung, dass Ettlingen einen gesunden Mittelstand hat und dieser auch darum kämpfen würde, dass kein Mitarbeiter entlassen werden müsse. Sie weist darauf hin, dass dieser Mittelstand auch ortsansässig sei und nicht ins Ausland gehen würde und man daher an dieser Stelle ansetzen müsse. Sie lässt wissen, dass sie sich die Bögen für die Vergaben angeschaut habe und diese sehr kompliziert seien und daher Fehler leicht entstehen würden. Sie betont, dass die Verwaltung hierbei behilflich sein müsse.

Stadträtin Hofmeister ist der Meinung, dass das, was heute gesagt worden sei, gesammelt werden müsse und über die Umsetzbarkeit diskutiert werden sollte. Sie weist darauf hin, dass im Bereich der Langzeitarbeitslosen und der arbeitslosen Jugendlichen die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und den Sozialverbänden gefragt sei und diese Gruppe nicht vergessen werden dürfe.

Oberbürgermeisterin Büssemaker lässt hierzu wissen, dass die Stadt ABM-Maßnahmen anbiete.

Stadtrat Stemmer erläutert, dass dieses Thema nicht so sehr unter haushaltstechnischen Gesichtspunkten gesehen werden dürfe und die Verwaltung bei den Maßnahmen Schwerpunkte setzen sollte und er daher beantrage, dass zum Ende der Wahlperiode dieses Gemeinderats ein erster Bericht abgegeben werde, was veranlasst worden sei, und hierzu andere mit ins Boot genommen werden müssten.

- - -